

P R O T O K O L L

über die 48. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 18. Oktober 1984, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 13 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VI Z E B Ü R G E R M E I S T E R :

Leopold Wippersberger

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Karl Feuerhuber

Rudolf Pimsl

Rudolf Steinmaßl

Manfred Wallner

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Helmut Hanzlik

Walter Heumann

Karl Hochrather

Karl Holub

Rupert Humer

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Otilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Ernst Platzer

Erna Probst

Josef Radler

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Ernst Seidl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

Dkfm. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Franz Knapp

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|--------------|--|
| Ha-5569/84 | Ansuchen um Gewährung einer Subvention zur Erneuerung der Heizungsanlage für das Pfarrzentrum und den Caritas-Kindergarten Steyr-Münichholz. |
| Bau5-4160/77 | "Altes Theater", Honorarabrechnung Architekt Dipl. Ing. Braunstingl. |
| Bau5-5549/77 | Schloß Lamberg - Probenräume für die Stadtmusik-
kapelle Steyr im Bibliothekstrakt; Elektroinstallation- |
| Bau5-5549/77 | Schloß Lamberg - Probenräume für die Stadtmusik-
kapelle Steyr im Bibliothekstrakt; Beheizung. |
| Bau5-5549/77 | Schloß Lamberg - Probenräume für die Stadtmusik-
kapelle im Bibliothekstrakt; Fußböden in Raum 8 und
Raum 6. |
| GHJ1-6132/84 | Ankauf von Küchenporzellan für das ZAH. |
| Bau3-2721/80 | Ausbau der Wolfener Landesstraße "Baulos Steyr";
Ansuchen um Mittelfreigabe für die restliche Be-
wuchtsentschädigung der Ehegatten Halbartschlager. |
| Bau5-1160/83 | Fußgängerübergang Azwangerstraße; Beleuchtung -
Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe; Bürgermei-
sterverfügung. |
| En-5356/84 | Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Wolf-
gang Hauser-Straße. |
| En-5334/84 | Erweiterung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in
der Prof. A. Neumannstraße. |
| En-4344/84 | Errichtung einer Straßenbeleuchtung in der Fischer-
gasse - Altstadtbeleuchtung. |
| Ges-5657/84 | Selbstklebefolien für Umweltschutz. |
| Bau3-4053/84 | Pyrachstraße; Herstellung der Grundbuchsordnung. |
| Bau5-6890/79 | Verbreiterung des öffentlichen Gutes 1245/169, KG
Föhrenscherl. |
| Bau2-5350/84 | Vermessungstechnische Arbeiten im Bereich des
Steinbruchweges (Herstellen der Grundbuchsordnung). |
| ÖAG-5402/84 | Hotel Nagl, Kollergasse 1; Fenstererneuerung. |

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-1065/81 Einrichtung eines "Steyrer Stüberls" im alten Rathaus der Stadt Plauen.
- 2) VH-6367/83 "Professor Anton Neumann-Medaille; - Vorschlag für die Verleihung 1984.
- 2 a) Präs-855/84 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Gerhard Possart.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Ha-5877/84 Stadtkapelle Steyr; außerordentliche Subvention zur Einrichtung eines Probenraumes im Schloß Lamberg.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 4) Bau3-3956/81 Straßenbau Hofergründe; Antrag um nachträgliche Vergabe und Mittelfreigabe; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 1. 4. 1982.
- 5) Bau3-2721/80 Ausbau der Wolferner Landesstraße; Verbreiterung der B 122; Straßenanschluß alte Wolfernerstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 6) Bau5-2840/82 Errichtung Mehrzweckhalle Wehrgraben; Bewilligung einer Kreditüberschreitung.
- 7) Bau5-5200/77 Übernahme von Teilen der Resthofstraße in das öffentliche Gut.
- 8) Bau2-6271/84 Flächenwidmungsplanänderung zum Zwecke der Errichtung der städtischen Mülldeponie.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 9) ÖAG-4868/84 Errichtung eines Baudienstgebäudes der Post- und Telegrafendirektion - Grunderwerb.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie zur heutigen Sitzung recht herzlich begrüßen und diese eröffnen. Ich kann feststellen, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich bitte die Kollegen Gemeinderat Erich Sablik und Frau Gemeinderat Ottilie Liebl um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Für heute hat sich Herr Gemeinderat Schuster entschuldigt, er befindet sich im Krankenhaus und wird voraussichtlich längere Zeit seinen Verpflichtungen nicht nachkommen können. Er hat mich gebeten, ihn zu entschuldigen und dem Gemeinderat seine Grüße zu übermitteln. Herr Gemeinderat Köhler hat mitgeteilt, daß er aufgrund einer beruflichen Verpflichtung etwas später eintreffen wird.

Meine Damen und Herren, in der Tagesordnung bitte ich auch zur Kenntnis zu nehmen, daß gemäß § 5 /1 der Geschäftsordnung in meinem Berichtsblock ein weiterer Tagesordnungspunkt aufgenommen wird, und zwar die Beschlußfassung über die Verleihung des Ehrenringes an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Gerhard Possart.

Anfragen liegen mir keine vor und ich darf daher zum nächsten Punkt, zu den Mitteilungen des Bürgermeisters kommen und hier einige aktuelle Vorkommnisse zur Kenntnis bringen.

Zunächst eine kurze Mitteilung über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in unserem Bezirk. Es hat sich in der Metallbranche eine Verbesserung insofern ergeben, als laut Mitteilung der Arbeitsmarktverwaltung in den letzten Wochen eine deutlich verbesserte Auftragslage festzustellen ist und die Arbeitsmarktverwaltung hat mitgeteilt, daß wir in diesem Zusammenhang in etwa 400 zusätzliche Neuaufnahmen registrieren dürfen. In der Bauwirtschaft liegt die Situation so, daß der Höchstpunkt der diesjährigen Bausaison überschritten sein dürfte, die Beschäftigungslage aber noch gut und zufriedenstellend ist. Es ist die Auslastung allerdings nicht in dem gleichen Maß gegeben wie in den vergangenen Jahren. Zum Monatsende sind derzeit ca. 150 Baufach- und Bauhilfsarbeiter beim Arbeitsamt Steyr als arbeitsuchend gemeldet.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen auch bekanntgeben, daß am 13. Oktober 1984 die Aktion "Saubere Umwelt" sehr erfolgreich abgelaufen ist. Magistratsintern wurde die Organisation vom Jugendreferat im Einvernehmen mit dem Umweltschutzreferat abgeführt. Insgesamt haben sich 600 Personen an dieser Aktion beteiligt, auch das Bundesheer hat heuer wieder mitgewirkt. Das Rote Kreuz stellte zwei Einsatzfahrzeuge zur Verfügung und auch das Bürgerservice war an dieser Aktion beteiligt. Ich darf mitteilen, daß der Erfolg der Maßnahme beträchtlich war, es wurden insgesamt, so haben die Schätzungen ergeben, 48 Kubikmeter Müll gesammelt und abgeführt. Ich möchte die Gelegenheit auch nicht versäumen, neben dem Bundesheer auch den übrigen teilnehmenden Organisationen den Dank der Stadtverwaltung auszusprechen. Ich möchte diese Organisationen namentlich anführen: Katholische Jugend, Schiklub Steyr, ASKÖ Steyr, Rote Falken und Kinderfreunde Münchenholz, Jungschar Ennsleite, Rote Falken und Kinderfreunde Ennsleite, Pfadfinder Münchenholz, Kinderfreunde Waldbrandsiedlung, ATSV Steyr Paddeln, SK Amateure, Naturfreundejugend, Kinderfreunde Steyrdorf, Union und ATSV Stein, Pfadfinder I, Junge Generation Münchenholz, Verein Forelle Steyr, SK Vorwärts, ASKÖ Freizeitklub und Kinderfreunde Resthof, Kinderfreunde Wehrgraben, Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr und Kleingartenverein Eysfeld. Es ist ein sehr großer Kreis von Organisationen, der sich hier beteiligt hat. Ich darf allen im Namen des Gemeinderates herzlich dafür danken.

Ich habe mich am Vormittag persönlich vom Einsatz des Bundesheeres überzeugen können. Es war eine sehr große Gruppe, die den Raum des Wolfenwaldes systematisch durchgearbeitet und sehr viel Müll dort gesammelt hat. Diese Aktion hat den überzeugenden Beweis geliefert, daß bei richtiger Umweltgesinnung es möglich sein muß, mit verhältnismäßig geringen Mitteln einen großen Erfolg zu erzielen, wenn alle Beteiligten kooperativ zusammenwirken. Ich danke daher

der beteiligten Jugend nochmals auf das herzlichste und möchte nicht zuletzt auch auf den erzieherischen Wert der Aktion für unsere Jugend hinweisen.

Meine Damen und Herren, ich möchte heute aber auch die Mitteilungen nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen über den Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen einen kurzen Bericht gegeben zu haben.

Ich glaube, wir können mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß es dem neuen Finanzminister gelungen ist, in den Finanzausgleichsverhandlungen einen positiven Abschluß zustande zu bringen. Nach den bisherigen Informationen besteht das Ergebnis im wesentlichen aus folgendem:

Der Bund gewährt den Gemeinden für den Entfall der Gewerbesteuer einen Ausgleich in der Höhe von 450 Mio. Schilling für das Jahr 1985 und in der Höhe von 650 Mio. Schilling ab dem Jahre 1986 durch Änderung des Aufteilungsschlüssels bei der Gewerbesteuer zwischen dem Bund und den Gemeinden.

Die Länder verzichten auf 2,2 Prozent der Landesumlage zugunsten der Gemeinden, wodurch diesen ein frei verfügbarer Betrag von insgesamt rund 700 Mio. Schilling jährlich zugute kommt. Die Landesumlage wird durch diese Maßnahme von derzeit 10,5 Prozent auf 8,3 Prozent der Ertragsanteile der Gemeinden gesenkt. Der Bund ersetzt den Ländern den dadurch entstehenden Ausfall im gleich hohen Betrag.

Der Bund stellt als Hilfe für Gemeinden einen Betrag von rund 400 Mio. Schilling jährlich zur Verfügung, der auf die Länder nach der Volkszahl mit der Auflage aufgeteilt wird, diese Mittel nach Richtlinien des Bundes an finanzschwache Gemeinden weiterzugeben.

Die unterste Stufe beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel (1 1/6) wird beseitigt. Dadurch erhalten die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 1.000 eine finanzielle Besserstellung von rund 35 Mio. Schilling jährlich.

Die bestehenden Finanzausweisungen und Zweckzuschüsse an Länder und Gemeinden, z. B. für Theater, Orchester, Umweltschutz, Fremdenverkehr, Personannahverkehr usw. werden in Anpassung an die seit 1979 eingetretene Entwicklung des Verbraucherpreisindex um 40 Prozent, das sind rund 173 Mio. Schilling jährlich, aufgestockt.

In der Auftragsverwaltung des Bundes (Bundeshochbau und Bundesstraßenbau) wird der den Ländern entstehende Aufwand für ihre Mitwirkung derzeit durch einen Pauschalbetrag abgegolten. Dieser Pauschalbetrag wird den tatsächlichen aufgelaufenen Kosten entsprechend angepaßt. Die Länder erhalten durch diese Maßnahme eine finanzielle Besserstellung von 426 Mio. Schilling jährlich.

Der Vorzugsanteil der Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Steiermark bei der Mineralölsteuer (rund 100 Mio. Schilling jährlich) wird beseitigt und kommt ab 1985 auch allen übrigen Ländern zugute. Den verzichtenden Ländern gewährt der Bund eine Entschädigung über den Kopfquotenausgleich.

Es handelt sich bei diesem Finanzausgleich sicherlich um einen Vergleichskompromiß, der sicher nicht dazu führt, daß die Finanzprobleme der Gemeinden als gelöst zu betrachten sind, ich glaube aber doch, daß dieses Ergebnis dazu führt, daß die Gemeinden einem alten Wunsch entsprechend doch eine Verbesserung erfahren. Für die Stadt Steyr bedeuten die Ergebnisse des Finanzausgleiches eine zusätzliche Mittelaufwendung. Nach vorsichtigen Schätzungen sind es rund 5 Mio. Schilling jährlich. Die entsprechenden Berechnungen werden derzeit durchgeführt und ich bin sicher, daß wir selbstverständlich auch in unserer Budgetsitzung über diese Probleme eingehender beraten werden.

Weiters darf ich mitteilen, daß sich eine Delegation unserer Partnerstadt Plauen seit dem 16. dieses Monats in Steyr aufhält. Es handelt sich dabei um den Herrn Oberbürgermeister Dr. Norbert Martin, um den 1. Sekretär Herrn Werner Schweigler und um den Referenten für Kultur Stadtrat Peter Seeburg. Am Samstag ist um 17 Uhr die offizielle Ausstellungseröffnung hier im Rathaus, zu der ich Sie alle bereits eingeladen habe und dies heute nochmals tue. Ich weiß, daß die ÖVP-Fraktion an diesem Wochenende ihren Fraktionsausflug hat. Die Entschuldigung dafür wurde seitens Kollegen Fritsch bereits vorgebracht.

Außerdem darf ich mitteilen, daß für die Opfer des Zweiten Weltkrieges eine Totengedenkfeier stattfindet. Es liegt hier eine Einladung des Regimentskommandanten des Landeswehr-Stammregimentes 41 an den Gemeinderat vor. Diese Feierstunde soll am 2. 11. 1984 um 9 Uhr beim Gedenkstein für die Opfer des 2. Weltkrieges bei der Pfarrkirche abgewickelt werden. Ich darf Sie bitten, sofern es Ihnen möglich ist, diesen Termin entsprechend wahrzunehmen.

Es ist vorgesehen, daß wir im Rahmen des Gemeinderates mit den Kollegen aus Plauen eine zwanglose Diskussion über Probleme, die die beiden Städte betreffen, abführen. Diese Diskussion ist vorgesehen für Montag um 16 Uhr und ich bitte Sie, auch diesen Termin wahrzunehmen.

Weiters möchte ich darauf hinweisen, daß am Nationalfeiertag, so wie in den vergangenen Jahren, ein Fit-Marsch stattfindet. Der Start ist um 9 Uhr am Stadtplatz. Auch hierzu darf ich die Mitglieder des Gemeinderates herzlich einladen.

So weit meine Mitteilungen. Ich bitte Sie weiters um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates gemäß § 51 StS, Abs. 3, die Unterlagen dazu wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen jedem Gemeinderatsmitglied übermittelt, eine listenmäßige Aufstellung ist der Einladung beigegeben.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt, zu den Verhandlungsgegenständen. Hier darf ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates ich habe Ihnen heute 3 Anträge vorzutragen. Im ersten Antrag handelt es sich um die Einrichtung eines "Steyrer Stüberls" im alten Rathaus der Stadt Plauen.

1) Präs-1065/81

Einrichtung eines "Steyrer Stüberls" im
alten Rathaus der Stadt Plauen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. 9. 1984 wird der Auszahlung eines Betrages von S 44.698,40 für die Einrichtung eines "Steyrer Stüberls" im alten Rathaus der Stadt Plauen zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 44.700,-- (Schilling vierundvierzigtausendsiebenhundert)

auf die VSt 1/063000/728000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Dazu darf ich sagen, daß über diese Aktion, über diese Geste der Gemeinde Steyr seit Jahren verhandelt wird, daß bereits im Vorjahr anlässlich von Besuchen aus Steyr bereits mit meinem Vorgänger Bürgermeister Weiss eingehende Verhandlungen geführt wurden, unter Einbeziehung aller Fraktionen. Ich möchte auch anführen, daß die entsprechenden Besprechungen in dieser Richtung bisher immer einvernehmlich abgeführt wurden. Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag im Hinblick darauf die Zustimmung zu geben, daß wir, so glaube ich, als Stadt Steyr diese langjährige Partnerschaft auch dazu benutzen sollten, der Bevölkerung von Plauen eine Geste zu zeigen, womit die Verbundenheit unserer Stadt mit ihrer zum Ausdruck gebracht wird.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Als erster Debattenredner hat sich Kollege Wallner zu Wort gemeldet.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Eine kurze Erklärung meiner Fraktion zum vorliegenden Antrag, damit unsere Stimmenthaltung im Stadtsenat, ich glaube mich richtig zu erinnern, am 11. Oktober nicht unter Umständen falsch interpretiert wird. Ich danke für die Korrektur, also 30. August. Die seinerzeitige Stimmenthaltung im Stadtsenat ist deshalb erfolgt, weil man uns erst kurz vor der Sitzung mit dem gegenständlichen Antrag konfrontiert hat, wir also keine Möglichkeit hatten, fraktionell darüber zu befinden. Daher ist es zur Stimmenthaltung gekommen. Die heutige Zustimmung unsererseits erfolgt mit der einschränkenden Bemerkung, daß künftig keine weiteren Investitionen für dieses sogenannte "Steyrer Stüberl" in Plauen getätigt werden dürfen. Wenn Sie mich es vulgär ausdrücken lassen, es muß jetzt sozusagen "a Ruah" sein. Wir haben, das erkläre ich jetzt ausdrücklich, nichts gegen Städtefreundschaften, aber alles mit Maß und Ziel. Wenn schon Anbahnungen von Städtefreundschaften, dann bitten wir wenigstens um vorherige zeitgerechte Kontaktnahme und vor allem um eine Information über Sinn und Zweck solcher Städtefreundschaften bzw. Partnerschaften. Städtefreundschaften und Partnerschaften dürfen sich, abgesehen von weltanschaulichen und sprachlichen Barrieren nicht nur in zum Teil mit erheblichen Dienstreisekosten verbundenen gegenseitigen Delegationsbesuchen erschöpfen. Das vielgepriesene und manchmal sicher zutreffende völkerverbindliche Moment würde ich – das ist eine persönliche Bemerkung von mir – erst dann voll und ganz anerkennen und würdigen in solchen Fällen, wenn es z. B. einer Steyrer Delegation gelingen würde, eine einzige Rakete abzubauen. Ich weiß, daß ich jetzt – ich habe das mit Absicht gewählt – unter Umständen jemandem die Möglichkeit gebe, darüber zu reden, aber, – das meine ich wirklich ernst – wenn uns so etwas gelingen würde, dann haben Städtepartnerschaften für diese Bereiche der Welt zweifellos Sinn und Zweck. Ich gestehe offen und ehrlich, für solchen Sinn und Zweck würde ich mich heute schon gerne an solchen Delegationsreisen als ständiger Mitreisender anmelden, so aber müssen Sie auf mich persönlich verzichten, denn mir fehlt ehrlich der Sinn.

Heute wird die Zustimmung unsererseits aus reiner Höflichkeit dem Städtepartner Plauen, der sich noch dazu mit Exponenten dieser Stadt bei uns als Gast befindet, gegenüber gegeben. Wir bitten aber jetzt schon den Herrn Bürgermeister und gleich pauschal alle künftigen Bürgermeister, in Zukunft bei der Auswahl von Städtefreundschaften und Partnerschaften entsprechende Vorsicht walten zu lassen.

Ich danke vielmals.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Wallner. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf vorausschicken, daß wir seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion dem vorliegenden Antrag die Zustimmung nicht geben werden und möchte das begründen. Abgesehen davon, daß es doch sehr eigenartig ist, daß nun der gesamte Gemeinderat ein Versprechen einlösen soll, das seinerzeit von Bürgermeister Franz Weiss unter wer weiß welchen Umständen gemacht wurde. Ich möchte ihm zwar nicht unterstellen, daß das zur mitternächtlichen Stunde geschehen ist, aber diese Möbel befinden sich ja bereits in der DDR, dieses Stüberl ist bereits eingerichtet. Über diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, kann sich jeder seine eigenen Gedanken machen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte aber schon mit aller Deutlichkeit namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion darauf hinweisen, daß wir nicht gegen städtepartnerschaftliche Beziehungen sind, daß wir nicht gegen Aktivitäten sind, die völkerverbindenden Charakter haben, daß wir auch nicht gegen Aktivitäten sind, die Handelsbeziehungen pflegen und aufbauen und darum waren auch bereits Mandatare der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion in der DDR. Es hat aber auch Gegenbesuche von Funktionären aus der DDR gegeben und es wurde daher auch ein Ausgleich geschaffen. Daher sehen es wir im Namen vieler Bürger unserer Stadt nicht ein, daß diese unsere

Bürger wieder zur Kasse gebeten werden und ein Stüberl in Plauen in der DDR finanzieren sollen, das künftighin sicherlich nur von einigen Privilegierten benützt werden kann. Aber, meine Damen und Herren, wenn die Stadt Steyr schon so viel Geld übrig hat, erlaube ich mir einen anderen Vorschlag. Ich habe bewußt keinen Abänderungsantrag eingebracht, denn ich wollte Ihnen und mir die Abstimmung und das Dilemma ersparen, denn ich weiß ja, wie es zugeht, wenn Abänderungsanträge von einer Minderheit eingebracht werden.

Ich erlaube mir daher, einen Vorschlag zu machen. Geben Sie doch diese fast 45.000 Schilling anteilmäßig allen caritativen und sozialen Vereinen. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß sich sehr viele Funktionäre und Mitglieder von jenen Vereinen, die ich jetzt angezogen habe, hier in diesem Sitzungssaal befinden und wenn jemand glaubt, daß sein Verein diese finanzielle Zuwendung nicht nötig hat, der möge bitte herauskommen und das von dieser Stelle aus mit aller Deutlichkeit sagen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Da meine zwei Vorredner ja auch etwas weiter ausgeholt haben und zu diesem Antrag Stellung bezogen haben, erlauben Sie auch mir vielleicht einige grundsätzliche Vorbemerkungen, bevor ich auf den Antrag selbst eingehe. Es ist in diesem Kreis auch bekannt, daß bereits seit mehr als 14 Jahren gute freundschaftliche, ich möchte sagen partnerschaftliche Beziehungen zwischen unserer Stadt Steyr und der Stadt Plauen in der DDR bestehen, die eigentlich schon begonnen haben vor der Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik von vielen Ländern und auch von Österreich und eingeleitet wurden von unserem verstorbenen Altbürgermeister Fellingner. Also zu einer Zeit, wo die internationale Situation auch ähnlich so gefährlich war wie heute. Diese jahrelangen Kontakte möchte ich sagen haben sicherlich, zumindest im kleinen Maß, beigetragen zur Verbesserung und Beziehung zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik. Trotz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, natürlich auch der politischen Auffassung, wurde doch erreicht, daß die Freundschaft und die Begegnung in diesen vielen Jahren gefestigt und ausgebaut wurde.

Meine Damen und Herren, Sie wissen auch, daß die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und österreichischen Firmen, aber im besonderen, das gilt ja für uns, mit Steyrer Firmen, mit unserem heute noch drittgrößten Betrieb BMW, mit der GFM, den Stern-Werkzeugen Strasek, und mit anderen - ersparen Sie mir daß ich diese Firmen aufzähle - sich wesentlich erweitert und gefestigt haben, aufgrund einer gewissen Vorarbeit dieser kleinen Gemeinderäte oder der Bürgermeister dieser Stadt. Meine Damen und Herren, neben den großen verstaatlichten Betrieben, wie die VOEST, liefern heute ja über 2.300 vor allem Klein- und Mittelbetriebe ihre Produkte in die Deutsche Demokratische Republik. Damit wissen Sie auch, daß tausende Arbeitsplätze in Österreich und auch zum Teil viele hunderte Arbeitsplätze in Steyr und im Bezirk Steyr gesichert werden. Viele Steyrer, und ich möchte hier deutlich unterstreichen aus allen politischen Parteien, aber darüber hinaus Sportler, Musiker, Sänger und Touristen unserer Stadt und einbezogen auch die Gemeindepolitiker, besuchten öfter schon die Stadt Plauen und waren Gäste unserer Partnerstadt. Wir wissen auch, daß viele echte Freundschaften geschlossen wurden, die auch heute noch aufrecht sind.

Ich möchte sagen, daß bei dieser Partnerschaft auch die FPÖ-Männer, die hier im Gemeinderat sitzen, in all diesen Jahren genau so wie alle anderen höflich als Gäste empfangen und bewirtet wurden.

Nun zur Vorgeschichte dieses ominösen Steyrer Stüberls.

Kollege Eichhübl meinte in seinem Diskussionsbeitrag, in seiner ablehnenden Erklärung, wer weiß, zu welcher Stunde die Zustimmung gegeben wurde für dieses Steyrer Stüberl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Schlecht aufgepaßt!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich möchte daher doch einiges sagen.

Im Zuge der Renovierung der Kellergeschoße im alten Plauener Rathaus wurden Gasträume für die Bevölkerung geschaffen und nicht nur für einige Privilegierte, wie Du meinst. Kollege Humer kennt ja diese Gaststätten und hat sie auch benützt. Ich zähle ihn nicht zu den Privilegierten und auch nicht diejenigen, die mit uns dort gemeinsam einen Abend verbracht haben. Bei dieser Besichtigung der Räumlichkeiten im Juni 1982 durch die Gemeinderatsdelegation, die damals unter der Leitung von Altbürgermeister Weiss stand, wurde – das möchte ich nochmals betonen – von allen Teilnehmern der Delegation gemeinsam vorgeschlagen, für die bisher erwiesene große Gastfreundschaft seitens der Partnerstadt Plauen zumindest einen kleinen Beitrag zu leisten. Es wurde dort ein Raum von 16 m² renoviert und die Delegation war damals der Auffassung, ich glaube, es war in den Nachmittagsstunden, daß dieser Raum den Namen Steyrer Stüberl tragen soll und dieser wurde nun mit Möbeln einer Steyrer Firma möbliert. Es kommt ja in der Öffentlichkeit so heraus und vielleicht auch in der Aussage, daß die Stadt das renoviert hat, dabei handelt es sich nur um die Möblierung dieses Steyrer Stüberls mit österreichischen Möbeln, damit der Charakter gegeben ist. Nun heißt dieses Stüberl "Steyrer Stüberl" und der Name Steyr wird in diesen geselligen Räumen, in diesem Zentrum der Begegnung der Plauener und vieler ausländischer Gäste bzw. Wirtschaftstreibender, die dorthin kommen und auch Steyrer, weiter verankert bleiben und damit sicher werbend für unsere Stadt wirken.

Daher, meine Damen und Herren, betrachte ich dieses Freundschaftsgeschenk für die Plauener Bevölkerung im Werte von 44.000 Schilling als kleine Gegenleistung für die seit Jahren erwiesene Gastfreundschaft und auch für die Geschenke an unsere Stadt anlässlich unserer Stadtfeste. Ich möchte nicht darauf eingehen, um welche Geschenke es sich handelt, aber Kollege Eichhübl kennt auch das Gratisbier am Steyrer Stadtfest, das alle genossen haben, ob das nun ein Sozialist, ein Parteiloser oder FPÖler war.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich kenne es nicht, weil ich keines getrunken habe.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren, die Freiheitliche Partei ist ja auch im allgemeinen bekannt, daß sie von zwergenhafter Aussage ist, aber dafür groß ist beim Nehmen von öffentlichen Geldern.

Ich möchte nicht näher eingehen auf verschiedene Kuhhandel, die abgewickelt wurden, wo sie Millionen einstreifte oder auch bei der jetzigen Bundesregierung das eine oder andere versuchte, finanziell besser herauszusteigen, um ein bißchen mehr ins politische Spiel zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier ganz offen aussprechen, in Steyr war es auch einmal so. Vor der Bürgermeisterwahl für Franz Weiss wurde auch von der Freiheitlichen Partei versucht, einiges aus der Stadt herauszureißen. Allerdings, wie ich weiß und auch die anderen Kollegen, ohne Erfolg. Weiss lehnte damals dieses Ansinnen ab. Daher ist der Giftmischer unter den FPÖ-Männern so wütend auf eine Entscheidung, die eben unter Altbürgermeister Weiss getroffen wurde. Auch durch diese heutige Attacke des FPÖ-Mannes, ich sage jetzt nicht einmal die Mehrzahl, und seines reaktionären Hintermannes oder Hintermänner werden wir nicht zulassen, daß die ehrlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Steyrer und der Plauener Bevölkerung, aber auch ihrer Vertreter, getrübt werden. Eichhübl hat ja selbst angeschnitten in seiner Aussage, daß wohl aufgrund solcher partnerschaftlicher Beziehungen Vorteile für unsere Wirtschaft möglich sind. Ich glaube, in diesem Zusammenhang wirklich

sagen zu können, Steyr war beispielgebend in der Partnerschaftsbeziehung und hat einen sehr großen Anteil geleistet, daß die Beziehungen zu einem System, zu einem anderen Gesellschaftssystem, stärker als in den vergangenen Jahren gefestigt wurden, und zwar neben den Wirtschaftsbeziehungen auch die freundschaftlichen Beziehungen. Damit wurde doch ein Schritt getan, um auf beiden Seiten zu versuchen, den Frieden zu erhalten und auf beiden Seiten die Raketen abzubauen und damit zur Friedenssicherung beizutragen. Ich glaube, daß wir in diesem Sinne auch in Zukunft, wie es der Großteil dieses Gemeinderates gehalten hat, die Freundschaft zu unseren Partnerstädten aufrecht erhalten sollen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Tremml für seine Wortmeldung. Kollege Eichhübl hat sich nochmals zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hätte eigentlich erwartet, daß einer der Mandatäre der SPÖ zum Rednerpult kommt und klärt, daß Kollege Tremml nicht als 25. SPÖ-Gemeinderat hier gesprochen hat, denn er hat ja gleich die SPÖ mit einbezogen. Eines möchte ich mit aller Deutlichkeit zurückweisen, Kollege Tremml, daß wir – im speziellen ich – aus der Stadt etwas herausreißen wollten. Das muß ich nochmals deutlich zurückweisen. Auf das Wort Giftmischer möchte ich gar nicht näher eingehen, denn da würde ich Dir zu sehr Bedeutung zumessen. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist schon sehr eigenartig, daß ein Mandatar, nämlich Kollege Tremml, den ich seit dem Jahre 1979 kenne, immer wieder hier herauskommt und bei jeder Gelegenheit, wenn es um Tarif- und Gebührenerhöhungen geht, auch wenn sie noch so sehr notwendig sind, diese mit der Begründung ablehnt, daß er die Bürger unserer Stadt von einer finanziellen Mehrbelastung schützen möchte, ihnen helfen möchte, daß sie diese Mehrbelastungen nicht zu tragen haben. Jetzt versucht er, diese Vorgangsweise zu verschleiern, ja das brauchen die Bürger nicht zu bezahlen. Kollege Tremml, erlaube mir nochmals, einen Vorschlag zu machen. Ich habe nichts dagegen, daß die DDR – ich bezweifle zwar, daß, wie Du sagst, das die Bürger bekommen – die Funktionäre der DDR, ein Geschenk erhalten sollen. Wenn Du Dich so sehr dafür einsetzt, dann wäre mein Lösungsvorschlag der, daß man versucht, einen Teil von Altbürgermeister Weiss für die Finanzierung dieses Stüberls zu erhalten und den anderen Teil könnte man bei allen jenen einholen, die für diesen Antrag sind. Ich kann Dir versichern, wir von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion sind gerne bereit, dazu etwas beizutragen. Ich möchte damit beweisen, daß wir nicht gegen Städtefreundschaften sind und das habe ich mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Herr Kollege Zagler, Du kannst Dich selbstverständlich auch zu Wort melden und hast das auch angekündigt. Ich sage nochmals, unsere Mandatäre waren deshalb in Plauen, um zu beweisen, daß wir sehr wohl für städtefreundschaftliche Beziehungen sind, aber ich betone nochmals, daß wir glauben, daß man da zu weit gegangen ist und man nicht ständig den Bürgern diese Belastungen aufhalsen kann. Wir haben jedenfalls nichts zu verbergen, Kollege Tremml, wenn Du meinst, daß wir etwas verschleiern wollten. Ich hoffe, daß die Bevölkerung Deine Aussage versteht bzw. wie willst Du das der Bevölkerung klar machen, daß Du diese Ausgabe für die Bevölkerung mittragen möchtest mit Deiner Zustimmung. Wir hoffen, daß die Bevölkerung das auch entsprechend zur Kenntnis nimmt. Ich danke.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Meine Stellungnahme hast Du bereits im Finanz- und Rechtsausschuß gehört. Wir brauchen nicht die Presse zum Glänzen, es genügt, wenn man zur Sache etwas sagt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Herr Kollege Mayr bitte!

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

Ich möchte erklären, daß ich dagegen stimme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der Bürgermeister hat sich zum Schlußwort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben zwei Partnerstädte, eine Schwesterstadt in Kettering/Ohio und die zweite Partnerstadt ist eben aus der Entwicklung die Stadt Plauen, im Vogtland in der DDR, geworden. Beide Städte liegen in konträren Gesellschaftssystemen. Ich glaube, es ist richtig, man kann sich eben nicht nur eine Partnerstadt suchen, die in einem Gesellschaftssystem liegt, das einem angenehm ist. Ich glaube, daß es sehr gut ist, wenn man auch Partnerstädte und Verbindungen, menschliche Kontakte, in andere Bereiche herstellt. Wir alle wissen, daß es nicht ganz einfach ist, das liegt am System, da in der DDR eine andere Gesellschaftsordnung herrscht, dort ist die Freizügigkeit nicht in dem Maß gegeben, wie das beispielsweise in Amerika ist. Das liegt eben in dieser anderen Art, auf die ich jetzt nicht näher eingehen möchte. Ich glaube, gerade deswegen ist es sinnvoll und vertretbar, daß wir der dortigen Bevölkerung auch die Möglichkeit der Kommunikation geben und auch eine Geste setzen für diese Bevölkerung. Ich weise auf das entschiedenste zurück, daß es sich damit um eine Einrichtung für Funktionäre irgend einer Parteioorganisation in der DDR handelt, sondern diese Einrichtung, dieser kleine Raum steht natürlich allen Bürgern der Stadt Plauen zur Verfügung. Es werden in diese Stube sicherlich – die Stadt Plauen hat ja nicht nur zu Steyr, sondern auch zu einer französischen und einer italienischen Stadt freundschaftliche Beziehungen – verschiedenste Menschen hinkommen und dort in den Kontakt kommen mit dem Begriff und der Stadt Steyr. Wenn man sich zur Partnerschaft bekennt, ganz gleich in welcher Richtung, dann muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß damit natürlich gewisse finanzielle Aufwendungen verbunden sind, und zwar im vertretbaren Rahmen. Das unterstreiche und betone ich. Ich darf aber auch sagen, daß es hier herinnen noch nie eine derartige Diskussion gegeben hat, auch nicht dann, wenn z. B. ein Studentenaustausch mit Kettering oder ähnliches zur Debatte stand. Auch dort werden Beträge zur Verfügung gestellt, die sich durchaus mit dieser Summe vergleichen können oder zum Teil sogar noch höher liegen. Wir stellen unserem Komitee für Städtefreundschaften jährlich nicht unwesentliche Subventionen für die Pflege dieser Städtefreundschaften zur Verfügung und ich glaube, das ist richtig so, denn sonst wäre derartiges gar nicht möglich und denkbar. Eines stört mich ein wenig. Dieser Antrag wurde ja im Stadtsenat bereits am 30. August 1984 beschlossen, es wurde dort darüber diskutiert und es haben alle Fraktionen – Kollege Wallner hat seitens der ÖVP eine Stellungnahme abgegeben – so wie bei allen anderen Akten des Stadtsenates durch die Zusendung der Anträge und der Amtsberichte diese Information erhalten. Es war seinerzeit nichts zu hören von der Freiheitlichen Partei, daß sie dagegen wäre.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir sind nicht im Stadtsenat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber Du hast den Antrag bekommen. Ich habe das Gefühl, daß hier gewisse Kreise, die nicht in Steyr sind, Weisungen erteilen. Das ist eine Vermutung von mir, die ich, falls es gewünscht wird, untermauere, glaube aber, daß an sich der Hinweis genügt. Ich kann hier auch Vermutungen zum Ausdruck bringen, weil seitens der Freiheitlichen in dieser Form bisher nicht vorgegangen wurde. Kollege Eichhübl, ich muß Dir sagen, ich glaube, daß die negative Stellungnahme der Freiheitlichen Partei aufgrund einer Weisung seitens der Landesparteiorganisation der FPÖ erfolgt ist.

Mehr möchte ich zu diesem Problem nicht sagen. Ich glaube, daß in dieser Größenordnung, die sicherlich eher bescheiden ist, diese Anschaffung gerecht fertigt ist. Sie dient dazu, daß diese Beziehungen, diese freundschaftlichen Beziehungen, die schon viele Jahre bestehen, weiter ausgebaut werden. Sie dienen beiden Partnern, das muß ich auch sagen, denn Partner heißt ja, daß beide etwas davon haben. Ich darf nochmals darauf hinweisen, obwohl es heute schon mehrmals betont wurde, daß gerade die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen Österreich und der DDR nicht uninteressant ist und diese freundschaftlichen Beziehungen, die hier bestehen, tragen nicht unwesentlich dazu bei, daß sich auch die Wirtschaftsbeziehungen nicht verschlechtern, sondern eher verbessern.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke unserem Bürgermeister für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist mit 3 Gegenstimmen (GR Mayr/ÖVP und 2 Gegenstimmen FPÖ-Fraktion) angenommen. Ich bitte Herrn Bürgermeister, mit der Berichterstattung weiterzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um Zustimmung zur Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Herrn Mag. Reinhold Huemer. Herr Mag. Huemer übt seine Tätigkeit als Kursleiter bzw. als musikalischer Begleiter in Kursen seit dem Herbstsemester 1959 aus. Im Sinne der Richtlinien für die Verleihung dieser Medaille bitte ich Sie um Zustimmung, daß ihm noch im heurigen Jahr die Medaille übergeben werden kann.

2) VH-6367/83

"Professor-Anton-Neumann-Medaille" -
Vorschlag für die Verleihung 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 27. 9. 1984 wird für 25jährige Tätigkeit auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens sowie für besondere Verdienste um die Volkshochschule der Stadt Steyr an Herrn Mag. Reinhold Huemer, der seine Tätigkeit als Kursleiter beziehungsweise musikalischer Begleiter in Kursen seit dem Herbstsemester 1959 ausübt, die "Professor Anton Neumann-Medaille" verliehen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Nachtrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, in Anwendung des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr ist beabsichtigt, Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Gerhard Possart durch die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr auszuzeichnen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Gerhard Possart - Sie gestatten mir, daß ich auch einige persönliche Daten hier anführe - wurde am 2. September 1923 in Linz geboren. Nach Absolvierung der Volks- und Hauptschule besuchte er die Bundesrealschule Linz, wo er im Jahre 1942 maturierte. In der Folge leistete er bis 1945 seinen Kriegsdienst auf den Kriegsschauplätzen in Jugoslawien und Rußland ab und wurde dreimal verwundet. Zuletzt geriet er bei den Endkämpfen um Berlin in russische Kriegsgefangenschaft, aus welcher er jedoch wegen seiner Verwundungen vorzeitig entlassen wurde. Gerhard Possart trat am 1. Juni 1946 in den oberösterreichischen Landesdienst. 1948 legte er mit Erfolg die Prüfung aus der Staatsrechnungs-

wissenschaft ab und wurde am 1. Juli 1965 zum wirklichen Amtsrat ernannt. In dieser Zeit engagierte er sich neben seinem Beruf auch politisch sehr stark, vernehmlich beim Aufbau der Landesgruppe des ÖAAB und in der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Im Jahre 1961 wurde Gerhard Possart zum Abgeordneten zum OÖ. Landtag gewählt und am 19. Oktober 1966 als Nachfolger von Landesrat Theodor Pietsch in die öö. Landesregierung berufen. Bereits damals übernahm er unter anderem die Referate Landesanstaltendirektion und Sport. Am 3. Mai 1971 wurde er zum Landeshauptmann-Stellvertreter bestellt und hat seither diese Funktion inne. Nach einer internen Änderung übernahm er auch die vorübergehend ausgeklammerten Referate Landeskrankenanstalten und Berufsschulen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Possart wurde in seinen Referaten in mannigfacher Weise zum Wohle der Stadt Steyr tätig. Seiner Initiative ist es zu danken, daß das Landeskrankenhaus Steyr einen großzügigen Ausbau erfuhr und auch in Zukunft weiter erfahren wird, so daß ein medizinisches Versorgungszentrum von überregionaler Bedeutung entstand. Hand in Hand damit ging auch der Ausbau des berufsbildenden Schulwesens im Rahmen des Landeskrankenhauses Steyr, so daß stets ein bestens ausgebildetes Fachpersonal zur Verfügung steht. Auch der Ausbau der Berufsschulen in Steyr wurde unter Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Possart in großzügiger Weise durchgeführt. Auf einem von der Stadt Steyr beigestellten Areal in Münchenholz entstand ein modernes Berufsschulzentrum, in welchem der kaufmännische und gewerbliche Nachwuchs verschiedener Sparten seine gediegene schulische Ausbildung erfährt. Besonders ist in der Stadt Steyr auch das Wirken des Landessportreferenten Hofrat Gerhard Possart spürbar. Vorwiegend sind es die zahlreichen Sportvereine, welche von ihm beim Ausbau oder der Sanierung ihrer Sportanlagen finanzielle Hilfe erhielten. Manche dieser Anlagen wäre ohne seine Mithilfe nicht zustande gekommen. Ebenso am Herzen lagen ihm aber auch die öffentlichen Sporteinrichtungen, wobei besonders seine Hilfe bei der Errichtung der Kunsteisbahn und der derzeit im Entstehen begriffenen Leichtathletikanlage auf der Rennbahn hervorzuheben ist.

Diese Verdienste um das Wohl der Stadt Steyr sind als Begründung für die nachfolgende Antragstellung anzusehen.

2 a) Präs-855/84

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn
Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Gerhard Possart.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als Krankenanstalten-, Berufsschul- und Sportreferent des Landes Oberösterreich, im besonderen um den Ausbau und die Modernisierung des Landeskrankenhauses, um die Errichtung des neuen Berufsschulzentrums und die Förderung des Sportwesens in der Stadt Steyr wird Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hofrat Gerhard Possart der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr soll wie folgt lauten:
"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um den Ausbau und die Modernisierung des Landeskrankenhauses und die Errichtung des Berufsschulzentrums, sowie um die Förderung des Sportwesens in der Stadt Steyr."

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem meinem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Tremml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die KPÖ-Fraktion stimmt der beantragten Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Possart zu. Mir fällt es insofern etwas leichter, da ich dieser Würdigung, die jetzt schon Bürgermeister Schwarz

gemacht hat, hinzufügen kann, daß es Landeshauptmann-Stellvertreter in seiner Eigenschaft als Referent der Landeskrankenanstalt war, der eine meiner Forderungen sehr rasch nach einem aktuellen Anlaß erfüllte, und zwar nach einem Todesfall. Ich habe damals die Forderung erhoben, daß unverzüglich in einem Schwerpunkt-krankenhaus wie dem Landeskrankenhaus Steyr ein Mangel beseitigt werden muß. Es war bis zu diesem Zeitpunkt nämlich so, daß nur bis 13 Uhr ein Aufnahmearzt zur Verfügung stand, und Landeshauptmann-Stellvertreter hat veranlaßt, daß Aufnahmeärzte – es waren mehrere notwendig – rund um die Uhr eingestellt wurden. Er hat dadurch sicher beigetragen, vielen Bürgern von Steyr und Umgebung eine Hilfestellung zu geben. Ich knüpfe allerdings auch an diese Verleihung eine Bedingung, – darauf werde ich sicher noch bei passender Gelegenheit zurückkommen – und zwar die, da nach wie vor der Wunsch breiter Bevölkerungskreise offen ist, daß man für den von uns angeschafften Ambulanzwagen, sprich Notarztwagen, die nötigen Ärzte braucht. Ich glaube, hier kann man die Bitte und das Ersuchen an den Referenten der Landeskrankenanstalten richten, daß man diesem Wunsch nachkommt, daß, so wie z. B. in der Stadt Linz oder in der kleinen Stadt Krems, mit Erfolg ein Notarztwagen eingesetzt ist und damit viele Leben gerettet wurden. Nach der Bilanz des Vorjahres sind es z. B. im Land Oberösterreich 182 Leben, die gerettet oder von Folgeschäden bewahrt wurden, die sicher der Gesellschaft noch mehr kosten würden. Diesen Wunsch können wir, so glaube ich, vielleicht anläßlich der Verleihung in geeigneter Form vortragen im Sinne unserer Bevölkerung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich sehe keine weitere Wortmeldung, auch Bürgermeister Schwarz verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem vorliegenden Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke, ich kann die einstimmige Annahme feststellen.

Ich danke Herrn Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Wippersberger für seinen Bericht das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich ganz kurz fassen. Die Stadtkapelle Steyr ersucht um eine außerordentliche Subvention zur Einrichtung eines Probenraumes im Schloß Lamberg. Der Antrag lautet:

3) Ha-5877/84

Stadtkapelle Steyr; außerordentliche Subvention zur
Einrichtung eines Probenraumes im Schloß Lamberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 19. 9. 1984 wird der Stadtkapelle Steyr zur Einrichtung eines Probenraumes im Schloß Lamberg eine einmalige außerordentliche Subvention in Höhe von S 180.000,- gewährt.

Im gegenständlichen Fall wird unter Berücksichtigung der besonders gelagerten Umstände von der Einhaltung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben Abstand genommen, so daß der volle Subventionsbetrag von S 180.000,- an die Stadtkapelle Steyr zur Ausschüttung gelangt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 180.000,-- (Schilling einhundertachtzigtausend)

auf die VSt 1/322000/777000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Ich sehe keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht feststellbar, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke für den Bericht und bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Feuerhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates zum Vortrag zu bringen und bitte schon im Vorhinein um die Zustimmung. Der erste Antrag behandelt den Straßenbau Hoffergründe, Antrag um nachträgliche Vergabe und Mittelfreigabe, Ergänzung zum GR-Beschluß vom 1. 4. 1982. Er lautet:

4) Bau3-3956/81

Straßenbau Hoffergründe; Antrag um nachträgliche Vergabe und Mittelfreigabe; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 1. 4. 1982.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 1. 4. 1982 wurde der Auftrag zur Durchführung der Straßenbauarbeiten für die Aufschließung der Hoffergründe (Josef Fellingner-Siedlung) an die Firma Zwettler, Steyr, zum Preis von S 2.673.324,22 (inkl. USt) übertragen. Mit Beschlüssen des Stadtsenates vom 7. 10. 1982, 13. 1. 1983, 9. 3. 1983 und 7. 6. 1984 wurde der Auftrag auf eine Gesamtsumme von S 3.160.205,84 erhöht.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 6. 8. 1984 wird nunmehr einer nochmaligen Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 409.751,28 (inkl. USt) zugestimmt, so daß sich eine endgültige Auftragssumme von S 3.569.957,12 ergibt.

Unter einem wird der zur Abwicklung der vorliegenden Schlußrechnung noch erforderliche Betrag von S 539.375,41 freigegeben.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 540.000,-- (Schilling fünfhundertvierzigtausend)

werden bei VSt 5/612000/002170 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen erhebt sich kein Einwand, der Antrag ist daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Mein nächster Antrag beschäftigt sich mit dem Ausbau der Wolfener Landesstraße, und zwar mit der Verbreiterung der B 122; Straßenanschluß alte Wolfenerstraße und lautet:

5) Bau3-2721/80

Ausbau der Wolfener Landesstraße; Verbreiterung der B 122; Straßenanschluß alte Wolfenerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 9. 1984 wird für die Fertigstellung der Wolfener Landesstraße (Verbreiterung der B 122) ein Betrag von

S 800.000,-- (Schilling achthunderttausend)

bei VSt 5/611000/771000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke Kollegen Feuerhuber und bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen drei Anträge des Stadtsenates zum Vortrag zu bringen. Der erste betrifft:

6) Bau5-2840/82

Errichtung Mehrzweckhalle Wehrgraben;
Bewilligung einer Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 9. 1984 wird zur weiteren Bauabwicklung zur Errichtung der Mehrzweckhalle Wehrgraben eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 5.000.000,-- (Schilling fünf Millionen)

bei VSt 5/263000/010080 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Keine. Stimmt jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der zweite Antrag betrifft die Übernahme von Teilen der Resthofstraße in das öffentliche Gut. Er lautet:

7) Bau5-5200/77

Übernahme von Teilen der Resthofstraße
in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der in den Plänen des Dipl. Ing. Oswald Daxinger vom 31. Juli 1984, GZ. 1842/84, ausgewiesenen Grundflächen der Kat. Gem. Steyr und Gleink in das öffentliche Gut (Resthofstraße - Gemeindestraße) wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, auch dieser Antrag ist beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Für den dritten Antrag habe ich leider keine Kurzfassung, da hier so viele Grundflächen genannt sind, daß ich Ihnen nicht zumuten möchte, diese ganzen Grundflächen pauschal umwidmen zu wollen. Daher erlaube ich mir, Ihnen diese paar Zeilen vorzulesen.

8) Bau2-6271/84

Flächenwidmungsplanänderung zum Zwecke
der Errichtung der städtischen Mülldeponie.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. XI vom 12. Oktober 1984 wird für die in der Plangrundlage des Stadtbauamtes "Flächenwidmungsplanänderung Nr. 26" datiert mit 27. Jänner 1984 beschriebenen Grundflächen, nämlich 1076/3, 1077/1, 1077/2, 1080, 1081, 1082, 1084, 1085/1, 1085/2, 1086, 1088, 1087, .177, 1089 und 1094/2, je Kat. Gem. Gleink, die Umwidmung auf Grünland mit der Sondernutzung "Ablagerungsplatz" in Anwendung der Bestimmungen des § 23 Abs. 3 OÖ. Raumordnungsgesetz 1972, LGBl. Nr. 18/1972, i. d. g. F., und § 21 Abs. 4 leg. cit. beschlossen.

Ich darf Sie um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Herr Kollege Tremel bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Dieser Antrag ist ja notwendig, denn die Änderung des Flächenwidmungsplanes ist die Voraussetzung für die Errichtung, ich möchte sagen für die baldige Errichtung und auch die Wiederinbetriebnahme der städtischen Mülldeponie in Hausleiten. Durch die rasche Inbetriebnahme kommt es zum Wegfall der hohen Transportkosten und der Ablagerungskosten in St. Valentin und ich glaube, daß damit die Möglichkeit besteht, die Tarife herabzusetzen. Ich glaube daher, daß diese Flächenwidmungsänderung so schnell wie möglich erfolgen soll, damit dieses Vorhaben so bald wie möglich im kommenden Jahr realisiert werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.
Ich danke Stadtrat Wallner für seine Bericht und bitte als letzten Berichterstatter Kollegen Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Ihnen den letzten Antrag vorbringen. Die Republik Österreich, Post- und Telegraphenverwaltung, beabsichtigt, im Bereich der Stadt Steyr einen Bauhof zu errichten. Aus diesem Grunde wurden wir ersucht, ein Grundstück zu verkaufen. Der diesbezügliche Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

9) ÖAG-4868/84

Errichtung eines Baudienstgebäudes der Post- und Telegraphendirektion - Grunderwerb.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf des Grundstückes 603/2 EZ 156 Kat. Gem. Gleink im Ausmaß von 9.916 m² zum Preise von S 575,-/m², demnach um S 5.701.700,- an die Republik Österreich (Post- und Telegraphenverwaltung) wird zugestimmt. Der Verkauf erfolgt zum Zwecke der Errichtung eines Baudienst- und Postamtsgebäudes durch die Käuferin. Der Kaufpreis ist innerhalb von 30 Tagen nach Vertragsunterfertigung zu bezahlen. Sämtliche übrigen Kosten hat die Käuferin zu entrichten.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich glaube, es ist sehr erfreulich, daß wir diese Einrichtung hierher bekommen. Wenn Sie dafür sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt. Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Ich frage, ob die SPÖ einen Beitrag dazu hat? Es wird kein Beitrag gewünscht. Hat die ÖVP einen Beitrag? Nein. FPÖ? Kein Beitrag. KPÖ? Ebenfalls kein Beitrag gewünscht.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende einer der kürzesten Gemeinderatssitzungen der letzten Zeit angelangt. Der Ordnung halber darf ich Ihnen noch mitteilen, daß wir heute Beschlüsse im Gesamtumfang von 7.902.000 Schilling gefaßt haben. Mit dieser Mitteilung, die ich Sie bitte zur Kenntnis zu nehmen, darf ich die heutige Sitzung schließen.

Ende der Sitzung: 14.06 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Otilie Liebl e. h.

Erich Sablik e. h.